

Aus Anlass des japanischen Schulbuchstreits (und eines Jahrestags)

Geschichte wird gemacht

Teil II

Von G. S.*

„History is written by the winners.“
George Orwell im Februar 1944

Im „War Remnants Museum“ von Ho Chi Minh City steht im Gästebuch folgender Eintrag eines vermutlich jungen Neuseeländers:
„If I was an American, I would apologize for what my country has done.“

Der kurze Satz hat es in sich. Denn es ist zwar verbreitet, aber deshalb noch nicht selbstverständlich, dass sich ein Gefühl der Betroffenheit – das Museum zeigt anschaulich die Kriegsoffer und -folgen auf Seiten Vietnams – fast unmittelbar als patriotische Empfindung einstellt und das Bedürfnis erzeugt, in ein quasi-privates Verhältnis zu einem historischen Vorgang zu treten, an dem man schon aus Altersgründen gar nicht beteiligt war. Nur die Gewohnheit, ein nationales ‚Wir‘ auch in der Geschichte zu verorten, kann dieses Fühlen hervorbringen – und als Brücke dafür dienen, sich in analoger Weise auch in Angehörige fremder Nationen hineinzusetzen. (Wäre dem Museumsbesucher gewärtig gewesen – daher mein Schluss auf seine Jugend –, dass zeitweise auch 550 Soldaten aus Neuseeland in Vietnam zum Einsatz kamen, hätte er seine eigene Entschuldigung ohne Frage eingeschlossen.)

Überdies steht ein solches Empfinden der kritischen Befassung mit dem Geschehen durchaus im Wege, die im Wunsch, sich zu entschuldigen, zwar kurz aufscheint, aber dann darin aufgeht, sich persönlich zu einer Art von Mitverantwortung zu bekennen. Es könnte ja sein, dass zu einem Krieg und seinen Gründen Gedanken anstehen, die in einer theoretischen Distanz zum Gegenstand besser gelingen als in moralischer Betroffenheit von ihm.

Ein schnell vergessenes „Trauma“

Das Bedürfnis, Abbitte zu leisten, das der junge Neuseeländer hier stellvertretend verspürt, findet im *Narrativ* (um dieses akademische Modewort zu gebrauchen) der USA *selbst* nicht viele Antriebe. Oder anders ausgedrückt: Der Vietnamkrieg hat in den Geschichtsbüchern der USA kein ‚dunkles Kapitel‘ hinterlassen.

Zwar wird berichtet, dass die 1975 glanzlos heimkehrenden Truppen ein „Vietnam-Trauma“ ausgelöst haben. Doch „after the 1982 dedication of the Vietnam Veterans Me-

morial in Washington [...] American culture acknowledge[d] their sacrifice and suffering, and concede[d] that most had been good soldiers in a bad war” (Oxford Companion to Military History, New York 1999). Und zum 10. Jahrestag des Kriegsendes konnte man dann dieses lesen:

„Rund 25.000 Veteranen des Vietnamkrieges haben in New York an einer Konfettiparade teilgenommen [...] Den Kriegsteilnehmern war bei ihrer Rückkehr vor zehn Jahren eine derartige Ehrung verweigert worden. Der [...] New Yorker Bürgermeister bezeichnete die Parade als Wiedergutmachung einer ‚schrecklichen Ungerechtigkeit‘.“ (SZ 9.5.85)

„Ein Vietnam-Veteran zu sein – das ist heute wieder etwas in den USA.“ (FR 6.5.85)

Wenn also am Eingangszitat von George Orwell etwas dran ist, dann lässt sich kaum davon sprechen, dass die USA – wie eine Lesart von 1975 noch lautete – den Krieg *verloren* hätten. Dem formellen Gewinner von damals ist es jedenfalls nicht gelungen, mit seinem Sieg zugleich eine Zuweisung von Schuld und Verantwortung zu etablieren. Ein sozialistisches Vietnam ist als „Dominostein“ ein Solitär geblieben und seither auch wieder in westliche Richtung zurückgefallen.

Im besagten *Narrativ* der USA, so wie es der Schuljugend erzählt wird, schlägt sich dies in einer Weise nieder, die eine Autorin des „Wilson Center“ (ein „U.S. think tank“) in folgenden Worten beschreibt:

„The Vietnam War continues to be treated very gingerly [zögerlich] in American textbooks. As with all of

America’s twentieth century wars, the United States has not yet had to respond to sustained foreign criticism, even though American conduct [Handlungsweise] there was bitterly criticized at the time. [...] Likewise, neither Vietnamese nor other foreigners have effectively protested American textbook depictions of the Vietnam War. Few American school texts assessed [bewerten] the consequences of the war for the Vietnamese people. Nearly all school texts skirt [umgehen] the issues that are most sensitive for Americans, such as the My Lai massacre, the devastating bombing campaigns, and the environmental destruction of much of North and South Vietnam. [...] Most textbook treatments of the war seek to avoid all controversy.” (Laura Hein: *Teaching War Is Not Easy*, 2001)



**Vietnam Soldat Denkmal
Washington DC**

©Foto: JamesDeMers, pixabay [CCO](#)

Vielleicht sollte ich zur Klarheit ergänzen, dass es der auswärtigen Kritik an Nachhaltigkeit und dem Protest an Effizienz nur insofern fehlte, als beides von Repräsentanten oder Bürgern machtmäßig den USA nicht ebenbürtiger Nationen vorgetragen wurde. An ihrem Intellekt oder Geschick lag es sicher nicht.

Bemerken könnte man am beschriebenen Vorgang auch, dass Amerika als Staat nicht gerade dazu neigt, sich aus eigenem Antrieb zu historischer Schuld und Sühne zu bekennen – was für andere Staaten natürlich auch gelten dürfte.

Denn der ‚*sustained criticism*‘ der USA und ihrer Verbündeten an den von ihnen besiegten Achsenmächten Deutschland und Japan war schon nötig, um dort seine Wirkung (nicht nur) auf Schulbücher zu entfalten oder die nationale ‚*controversy*‘ auszulösen, die in Amerika dem Zitat zufolge vermieden wurde.

Eine vorübergehende Irritation

Für Deutschland sollen zunächst drei Schlaglichter auf die Mitte der 80er und den Anfang der 90er Jahre den damaligen Gehalt einer solchen Kontroverse beleuchten, von dem aus mein Aufsatz dann auf den japanischen Schulbuchstreit übergeht.

- Fall eins: 1984 vertonte eine Band namens „Böhse Onkelz“ folgendes Reimwerk:
„Auch zwölf dunkle Jahre in Deiner Geschichte / macht unsere Verbundenheit zu Dir nicht zunichte
Es gibt kein Land frei von Dreck und Scherben / Wir sind hier geboren wir wollen hier sterben
Deutsche Frauen, Deutsches Bier / Schwarz-rot-gold, wir steh'n zu dir“

- Fall zwei: Auf einer von den Fans dieser Verse weit abgehobenen Ebene tobte zwei Jahre später ein akademischer Streit, der in verschiedener Hinsicht doch etwas mit dem unfeinen Lied gemein hatte.
In seiner Sorge um die „Verbundenheit“ zur Nation, die „nicht zunichte“ werden dürfe, warnte der Historiker Michael Stürmer vor einem „geschichtslosen Land“, in dem er zum Glück aber eine „Erneuerung des historischen Bewusstseins, Rückkehr in die kulturelle Überlieferung, Versprechen der Normalität“ unterwegs sah (FAZ, 25.4.86).

Dieses „Versprechen der Normalität“ suchten weitere Protagonisten des sog. *Historikerstreits* bevorzugt dadurch einzulösen, dass sie auf andere Staaten verwiesen, die auch nicht „frei von Dreck und Scherben“ seien, mithin Deutschland hierin kein ‚Alleinstellungsmerkmal‘ zukomme. Das darin enthaltene Eingeständnis des deutschen Beitrags zu ‚Dreck und Scherben‘, das auch die „Onkelz“ teilten (Gruppen mit Vorliebe für Schwarz-Weiß-Rot aber zum Teil bestreiten), war dann der Auftakt, zu ‚Fragen‘ dieser Art:

Vom „Ethos der Wissenschaft“ ermutigt, „muss die folgende Frage als zulässig, ja unvermeidbar erscheinen: Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine ‚asiatische‘ Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkli-

che Opfer einer ‚asiatischen‘ Tat betrachteten? War nicht der ‚Archipel Gulag‘ ursprünglicher als ‚Auschwitz‘?“

So Professor Ernst Nolte in der FAZ vom 6.6.86, deren Herausgeber Joachim Fest ihn am 6.9.86 auf gleicher Linie gegen Kritik in Schutz nahm:

„Gewiss bedeuten die Gaskammern [...] eine besonders abscheuerregende Form des Massenmords [...]. Aber lässt sich wirklich sagen, dass jene Massenliquidierung[en] durch Genickschuss, wie sie während des Roten Terrors über Jahre hin üblich waren, etwas qualitativ anderes waren?“

Auch wenn der Gegenstand diese ungeheure Dimension hat – man sollte dennoch auch hier festhalten, dass dieses historische Aufrechnen und abwägende Bewerten von Krieg und Gewalt keinen Beitrag zu ihrer Erklärung darstellt. Das geht schon aus der relativen Willkür hervor, mit der hier gezählt und gewogen wird. Denn die Liste staatlicher Gewalttaten ist lang und bietet für sich keinen Anhaltspunkt, wo mit dem Regress auf die vorangegangenen angefangen oder aufgehört werden soll. Das Verfahren macht also nur im Kontext nationaler Schuldzuweisung bzw. Entschuldigung einen ‚Sinn‘ – und verläuft im Groben dann entlang der Machtverhältnisse, die dieser staatsmoralischen Frage zugrunde liegen. Es kommt also – über die Betreuung des historischen Bewusstseins hinaus – ‚sachgerecht‘ in der Außenpolitik, bevorzugt in der Diplomatie zum Einsatz, was weiter unten noch zu thematisieren ist.

- Nach Kultur und Wissenschaft betrifft mein drittes Beispiel der Bemühungen um eine ‚Rückkehr zur Normalität‘ die politische Sphäre selbst. Wie auch für Japan zu sehen sein wird, herrscht bei vielen Politikern, die sich dazu berufen sehen, die instinktive Überzeugung vor, dass der nationale Zusammenhalt auch durch das passende Geschichtsbild bzw. durch seine nötige Revision gestärkt werden kann und muss. So war das auch bei Herrn Steffen Heitmann, der Anfang der 90er als möglicher Bundespräsident ins Gespräch kam. Der SZ vom 18.9.93 präsentierte er sich zunächst als Mann mit Mut zum Tabubruch: „Das Merkwürdige ist in der Bundesrepublik Deutschland, dass es ein paar Bereiche gibt, die sind tabuisiert. Es gibt eine intellektuelle Debattenlage, die nicht unbedingt dem Empfinden der Mehrheit der Bürger entspricht, die man aber nicht unbestraft verlassen kann. [...] Dazu gehört das Thema Vergangenheit Deutschlands – die Nazi-Vergangenheit.“

Er beklagt also, dass das „Empfinden der Mehrheit“ – was er wohl so ähnlich auffassen dürfte, wie es die „Böhsen Onkelz“ in ihrem Lied abbilden – einer intellektuellen Minderheit wegen nicht recht gewürdigt werden kann, und macht sich zur Stimme des Volks:

„Die deutsche Nachkriegssonderrolle war ja in gewisser Weise eine Fortsetzung der angemäßen Sonderrolle der NS-Zeit. Das ist zu Ende. [...] Ich glaube, dass der organisierte Tod von Millionen Juden in Gaskammern tatsächlich einmalig ist – so wie es viele historisch einmalige Vorgänge gibt. Wiederholungen gibt es in der Geschichte ohnehin nicht. Ich glaube aber nicht, dass daraus eine Sonderrolle Deutschlands abzuleiten ist bis ans Ende der Geschichte. Es ist der Zeitpunkt gekommen – die Nachkriegszeit ist mit der deutschen Einheit endgültig zu Ende gegangen –, dieses Ereignis einzuordnen.“

Sein Mut zu einer „geistig-moralischen Wende“ (Helmut Kohl) hat den Herrn Heitmann seinerzeit geradezu verwegen gemacht. Dass die Sonderrolle nach 1945 eine Fortsetzung der Sonderrolle nach 1933 war, aber nicht aus einem historisch einmaligen Vorgang abzuleiten ist, schon gleich nicht bis ans Ende der Geschichte, weil es schon bisher und mehr noch bis dahin ganz viele historisch einmalige Vorgänge gibt, die sich allerdings nicht wiederholen, und 1990 der Zeitpunkt gekommen ist, der der Zeit nach 1945 ein endgültiges Ende setzt – das alles versteht wohl der am besten, der auch nach dem dritten deutschen Bier noch klar ausführen kann, warum es mit dem nationalen „Büßergewand“ und der deutschen „Selbstkasteiung“ auch mal rum sein muss.

Herr Heitmann ist bekanntlich nicht Präsident geworden, die „asiatische Tat“ von Professor Nolte hat es nicht in die Geschichtsbücher der Mittelstufe geschafft (er muss auf seiner Homepage vereinsamt davon vor sich hin erzählen), und später sind auch den „Onkelz“ weniger böse Texte eingefallen. Das nationale *Narrativ* hat einen anderen Weg eingeschlagen, der noch genauer nachgezeichnet werden muss.

Eine anhaltende Kontroverse

Zuvor wird aber – endlich – von Japan die Rede sein, dessen Schulbuchstreit für eine deutsche Leserschaft etwas ausführlicher charakterisiert werden soll. Dazu rufe ich ein Zitat vom Ende des ersten Teils meines Aufsatzes in Erinnerung:

„The biggest difference between Japan and Germany is that while the Germans have never ceased [niemals aufgehört] apologising for their responsibility in waging war and perpetrating genocide, the Japanese remain famously reluctant [unwillig] to confront their comparable deeds in history.” (Kommentator, ST 10.2.14)

► Der Rückblick von eben hat gezeigt, was der Kommentator nicht erwähnt, dass auch bei ‚den Deutschen‘ eine gewisse ‚Abneigung‘ zu finden war, den ‚Taten der Geschichte ins Auge zu sehen‘, wenngleich diese nicht sehr ‚berühmt‘ wurde, weil Deutschland im Unterschied zu Japan nicht bis heute in diesem Zustand verharrt. Passend dazu untersucht eine aktuelle Studie von Thomas U. Berger, Universität Boston (War, Guilt, and World Politics after World War II, New York 2012), diesen Unterschied unter den Titeln „Germany: The Model Penitent“ bzw. „Japan: The Model Impenitent?“ – *penitent* auf Deutsch: der Bußfertige.

Das genannte Buch und die japanische Website www.nippon.com/en/in-depth sind übrigens wichtige Quellen meiner Information zum konkreten Schulbuchstreit. Deutsch- und englischsprachige Zeitungen und Zeitschriften neigen hier leider zu zwei Ungenauigkeiten.

- Die erste benennt Kawashima Shin, Universität Tokio (a.a. Website) so:



„Partly because the textbooks are subject to official authorization, people outside Japan take their contents to express Japan’s ‚official‘ view of historical and territorial issues.”

Was die Bücher nicht mehr sind, seit „die Amerikaner alle staatlichen Lehrmittel abgeschafft und jeder Schule freigestellt [hatten], welche Bücher sie aus einem reichen Sortiment privater Verleger auswählen wollten“ (Zeit 23.8.56).

- Die zweite Oberflächlichkeit besteht des Weiteren darin zu übersehen, dass die ‚revisionistischen‘, ‚reuelosen‘ Geschichtsbücher im Schulalltag kaum Verwendung finden, dort vielmehr solche vorherrschen:



„Japanese textbooks are deliberately written in this somewhat subdued [zurückhaltend] manner, partly to avoid overt [offenkundig] interpretation and because they are aimed at preparing students for university entrance examinations. Nonetheless, Japanese textbooks do offer a clear, if somewhat implicit, message: the wars in Asia were a product of Japan’s imperial expansion and the decision to go to war with the United States was a disastrous mistake that inflicted a terrible cost on the nation and its civilian population. [...] Contrary to popular belief, Japanese textbooks by no means [keineswegs] avoid some of the most controversial wartime moments. [...] Stanford historian Peter Duus, a preeminent historian of modern Japan, describes the ‚muted [leise], neutral, and almost bland‘ [fade] tone of Japanese textbooks. This may surprise those whose view of Japanese textbooks is derived from accounts that conflate [in eins setzen] the content of the rarely used revisionist textbook with the textbooks that are actually on the desks of almost all Japanese high school students.“ (Daniel Sneider, Universität Stanford, a.a. Website)

► Die beiden Klarstellungen sollen die Sache nicht kleinreden. Immerhin versuchen die Bildungsbehörden je nach Stand der Regierungsbildung ihren Einfluss geltend zu machen, und so kocht der Streit seit den 80er Jahren regelmäßig *in* der Nation und *zwischen* Japan und seinen Nachbarn hoch.

Eine deutsche Zeitschrift berichtet schon 1982 davon:



„Am 28. Juni gab das Erziehungsministerium in Tokio in aller Stille die neuen Geschichtsbücher zum Druck frei, die ab März nächsten Jahres verbindlicher Lehrstoff in allen Oberschulen sein werden. [...] Mitte der 30er Jahre, so berichteten getreulich bislang alle seriösen Geschichtsbücher, fiel das kriegslüsterne japanische Militär von der Mandschurei aus über China her [...] Nach den jüngsten Erkenntnissen des Erziehungsministeriums, und die sind bindend, handelte es sich nur um ein ‚Vorrücken‘ japanischer Truppen. [...] Tokios Oberschüler lesen das Gemetzel [im chinesischen Nanking] künftig so: Wegen des ‚heftigen Widerstands der chinesischen Armee, die den Japanern schwere Verluste zufügte, töteten die japanischen Truppen viele chinesische Soldaten und Zivilisten‘. [...] Natürlich, sagt ein Sprecher des Erziehungsministeriums in Tokio, solle in den Schulbüchern nichts beschönigt oder gar ver-

fälscht werden; vielmehr habe die nun vollzogene Revision der Geschichtstexte einzig das Ziel, der nachgeborenen Generation die Japan-Geschichte, ‚so wie das Volk sie versteht, nach objektiven Maßstäben und unter pädagogischen Gesichtspunkten‘ nahezubringen. [...] Minister Ogawa tat vor dem Parlament die Empörung in den Nachbarländern schlicht als eine ‚Einmischung in Japans innere Angelegenheiten‘ ab.“ (Spiegel 9.8.82)

(Das mit dem „verbindlichen Lehrstoff in allen Oberschulen“ erfüllt, wie gesehen, den Tatbestand einer Fehlinformation und geht vermutlich auf das Konto eines gewissen Überlegenheitsgefühls, das sich in einem Hausblatt des „Model Penitent“ eingestellt hat.)

Zum Thema „wie das Volk es versteht“, teilt ein Schweizer Pressedienst vom „grossen Schulbuchstreit von 2001 zwischen Japan und seinen Nachbarländern, im besonderen China und Korea“ ein weiteres Detail mit:

„Die Inhalte der Schulbücher gehen ursprünglich auf die Gesellschaft zur Schaffung neuer Geschichtslehrbücher, die sogenannte Tsukuru-kai, zurück. Diese behauptet, dass die üblichen japanischen Geschichtslehrbücher eine ‚masochistische Geschichtsauffassung‘ beinhalteten und dadurch verhinderten, dass die Jugend Heimatstolz empfinden könne. Dagegen würden die Bücher der Tsukuru-kai falsche und das japanische Selbstbild zerstörende Darstellungen entlarven.“ (asienspiegel 30.7.11)

Ein Jahrzehnt später wiederholt sich der Vorgang erneut:

„Zwischen Japan und seinen Nachbarn China und Südkorea bahnt sich ein neuer Schulbuchstreit an. Premierminister Shinzo Abe plant die Einführung neuer Geschichtsbücher. Dem japanischen Regierungschef und seinen Parteifreunden von der Liberaldemokratischen Partei ist vor allem die Darstellung der jüngeren japanischen Geschichte ‚zu masochistisch‘. Zu sehr würden die Gräueltaten der japanischen Armee im Zweiten Weltkrieg in den Vordergrund und in internationalen Konflikten die japanische Sichtweise zu wenig ins Zentrum gerückt [...] Auf Basis solcher Bücher könne die japanische Jugend nicht lernen, ihr Land zu lieben.“ (taz 15.1.14)

► Vielleicht lohnt sich nach dieser Chronologie noch ein kurzer Blick in aktuell zugelassene Bücher, von denen aus Sicht der konservativen Kritiker das erste die „masochistische Geschichtsauffassung“ belegt und die beiden anderen die Jugend lehren „ihr Land zu lieben“ (eigene Übersetzung aus dem Englischen).

- Tokyo Shoseki (das populärste Geschichtsbuch des 9. Jahrgangs):

„Japan fügte im 2. Weltkrieg anderen Ländern beklagenswerte Zerstörungen zu und trug auch selbst massive Verluste. Dann machte die japanische Verfassung den Pazifismus zu ihrem Grundsatz, schwor dem Krieg ab und setzte sich für einen immerwährenden Weltfrieden ein. Der Artikel 9 verfügt die Abkehr

vom Krieg und von Kriegswaffen sowie vom Recht des Staates, einen Krieg zu führen.“

- Ikuhosha (ein ‚revisionistisches‘ Schulbuch):



„Nach der Niederlage im 2. Weltkrieg wurde Japan von den Alliierten entwaffnet und militärisch besetzt. Sie verlangten, dass die Entwaffnung auch in der Verfassung festgehalten werden solle. Daher entschloss sich Japan, als Nation dem Krieg als Mittel der Beilegung internationaler Konflikte abzuschwören. Dieser Pazifismus wurde vom Volk zum Teil deshalb akzeptiert, weil das Nachkriegs-Japan unter den immensen Kriegsschäden neu beginnen musste.“

Ein
kurzer
Blick in
zugelassene
japanische
Schulbücher

- Buch der erwähnten „Tsukuru-kai“:



„Im August 1937 wurden in Shanghai zwei japanische Soldaten erschossen, woraufhin die Feindseligkeiten zwischen Japan und China eskalierten. Japanische Militärs dachten, Chiang Kai-shek würde kapitulieren, wenn sie seine Hauptstadt Nanking besetzen würden, was im Dezember geschah. [...] Dabei wurden viele chinesische Soldaten und Zivilisten von den japanischen Truppen getötet oder verwundet (das war der sog. Zwischenfall von Nanking). Hinweise und Belege lassen an der behaupteten Zahl der Opfer des Vorfalls zweifeln. Die Debatte darüber dauert bis heute an.“

► Während nun die japanische Jugend gewohnheitsmäßig die jeweiligen Texte memoriert, die in der Prüfung verlangt sind, dient ihr „Heimatstolz“ als Berufungstitel für ein Anliegen, das weit darüber hinausreicht.

Das lässt sich schon unschwer folgender Meldung entnehmen:



„Teaching manuals at junior schools and high schools in the country will be required [sind gehalten] to state that the Senkaku islands and Takeshima islets, as they are known in Japan, are ‚integral parts of Japanese territory‘ [...] China claims the Senkaku islands as its own and calls them the Diaoyus, while the Takeshima islets are known as Dokdo in South Korea, which controls them. ‚It is extremely important that the children who will bear our future can properly understand our territory‘, Education Minister Shimomura [said ...] Japan would use diplomacy to explain the decision to its neighbors. The current manuals, which are typically revised once in 10 years, mention the Takeshima islets only briefly while there is no mention of the Senkaku islands.“ (International Business Times 2.1.14)

Auch der Umstand, dass das zitierte Buch der „Tsukuru-kai“ in den Schulen mit einem Anteil unter einem Prozent vertreten ist, auf dem Buchmarkt aber eine Auflage von 600.000

erzielt hat, verweist auf einen signifikanten Unterschied zum deutschen Historikerstreit, der die „Mitte der Gesellschaft“ nicht wirklich erreichte. In Japan symbolisiert der Schulbuchstreit tatsächlich eine Auseinandersetzung der Nation um ihre passende und zeitgemäße Staatsmoral, wie sie die akademischen Kontrahenten in Deutschland weitgehend nur unter sich in Szene setzten.

Von „Sühnestolz“ ...

Diese nationale Kontroverse geht auf einen Widerspruch der japanischen Staatsräson nach 1945 zurück, der nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes und mehr noch durch den Aufstieg Chinas zum mächtigen Konkurrenten Japans einen bezeichnenden Verlauf nimmt. Um den japanischen Schulbuchstreit richtig zu verstehen – und ihn auch korrekt in ein Verhältnis zur deutschen ‚Vergangenheitsbewältigung‘ zu setzen – führt kein Weg daran vorbei, diese machtpolitischen Konstellationen und ihre Wirkung auf die nationalen *Narrative* seit dem 2. Weltkrieg wenigstens in Umrissen nachzuzeichnen.

► Deutsche Schüler lernen in Geschichte die „vier D des Potsdamer Abkommens“ kennen (Demilitarisierung, Denazifizierung, Demokratisierung und Dezentralisierung). Der unter diesen Titeln geforderte Bruch mit dem bis 1945 gültigen Staatsprogramm samt Übernahme aller Bedingungen, die die alliierten Sieger den unterworfenen Kriegsgegnern setzten, erzeugte in Deutschland wie in Japan zugleich auch eine ‚gebrochene Geschichte‘ und stellte das nationale Selbstbild vor einen Widerspruch, der sich manchmal noch heute im politischen Leben oder wenigstens in dessen Hintergrundrauschen bemerkbar macht. Die politischen und militärischen Führer, denen die Nation über Jahre hinweg Folge geleistet hatte, vor internationale Kriegsverbrecher-Tribunale gestellt oder die örtlichen Amtspersonen zur Umerziehung einrücken zu sehen, das hat nur partielle Aufbruchsstimmung ausgelöst – und war daher von kurzer Dauer:

„As the Cold War intensified, Japan was to become an Asian bulwark against communism. [...] In 1949, Gen MacArthur halted all prosecutions, so the national soul searching which similar trials led to in West Germany failed to happen in Japan.” (Kommentar, ST 14.2.14)

Warum der vorhin schon zitierte Kommentator aus Südostasien hier einen Unterschied zum „soul searching“ in Westdeutschland sieht, ist unerfindlich. Denn auch dort war in noch ganz anderer Größenordnung ein „Bollwerk“ zu errichten. Und auch dort erforderte dieses Ziel die pragmatische Indienstnahme von Amtsträgern, die ihre Qualifikationen in einem Staatswesen erworben hatten, das ein deutscher Jurist und Politologe (Franz L. Neumann) ernsthaft und stellvertretend für weitere Leute vom Fach in einen „Unstaat“ verfabelt, der vom „Behemoth“ [ein biblisches Untier] beherrscht wird.

(Dieser Pragmatismus der USA sorgte allerdings bei ihren Aufpassern vom Dienst für Arbeit: Eine CIA-Akte, freigegeben 2001, besagt: „figures [...] show that the present Bundestag [ab 1953] has 129 former NSDAP members”.)

► Die neue Konstellation des Ost-West-Gegensatzes eröffnete Japan wie Deutschland eine vielleicht unverhoffte, jedenfalls ziemlich beispiellose staatliche Renaissance.

Für Japan erwies sich das von den USA in seine Verfassung diktierte Verbot eigener Kriegsmittel geradezu als Segen. Mit einer Bestandsgarantie der inzwischen verbündeten Weltmacht Nr.1 im Rücken, die zwar ökonomische und außenpolitische Unterordnung und finanzielle Lastenteilung erforderte, aber damit auch die Kosten einer eigenständigen Sicherheitspolitik minimierte, stieg Japan zu einem der Weltmarktführer auf.

Für Japan erwies sich das von den USA in seine Verfassung diktierte Verbot eigener Kriegsmittel geradezu als Segen

Es dürfte nachvollziehbar sein, dass eine solche Karriere sich auch im nationalen Leitbild niederschlägt und in der politischen Klasse wie im Volk die Gewissheit und Gewohnheit erzeugt, den zunächst erzwungenen Pazifismus nun als den wahren Erfolgsweg der Nation anzunehmen – die ideologische und moralische Abkehr vom gescheiterten Weg davor eingeschlossen.

(Vielleicht sollte ich zur Vermeidung von Missverständnissen hier schon einfügen, dass dieser staatliche ‚Pazifismus‘ keineswegs den sukzessiven Aufbau von sog. Selbstverteidigungsstreitkräften verhinderte, die vom Etat her, so das Stockholmer Friedensinstitut, 2013 die achtgrößte Streitmacht der Welt darstellten.)

Auch das deutsche Wirtschaftswunder beruhte auf der alliierten Konzession an den neugewonnenen Partner, seine Wirtschaftskraft in einer europäischen Gemeinschaft und auf dem Weltmarkt zu stärken – auch, und in gewisser Differenz zu Japan, um diese ökonomische Potenz für eine sicherheitspolitische Rolle nutzbar zu machen. Denn Westdeutschland war nun mal *der* Frontstaat zu einem Kordon pro-sowjetischer Territorien. Er musste also, jetzt gänzlich im Unterschied zu Japan, zügig in ein Bündnis namens NATO aufgenommen, mit den Feinden von zehn Jahren zuvor versöhnt und auch schnell mit eigenen Kriegsmitteln ausgestattet werden. Und in dieser Konstellation machte Deutschland nicht nur gute Geschäfte, sondern recht bald auch wieder – Außenpolitik.

Wohl noch stärker als in Japan wurde für deutsche Entscheidungsträger und ihre Wähler ersichtlich, dass diese neue Einordnung in ein Bündnis mächtiger Nationen, obwohl sie auch eine Unterordnung mit sich

Die deutsche Einordnung in ein Bündnis mächtiger Nationen war eine unvergleichliche Alternative zu zurückliegenden und katastrophalen Alleingängen

brachte, die unvergleichliche Alternative zu zurückliegenden und katastrophalen Alleingängen darstellt.

(Dieses Moment der Unterordnung der deutschen Interessen unter ein Bündnis sollte angesichts der späteren Erfolgsgeschichte nicht übersehen werden. Erinnerung sei deshalb an den ersten NATO-Generalsekretär, Lord Ismay, der vor dem absehbaren Beitritt der BRD, der kam 1955, noch äußerte, der Zweck der NATO sei, „to keep the Russians out, the Americans in, and the Germans down“.)

► Die von den Siegern des 2. Weltkriegs geforderte radikale Absage an ein Kapitel nationaler Geschichte und die Übernahme ihrer Deutungen von Schuld und Verantwortung riefen während der 50er Jahre in der Wahrnehmung eines Philosophen noch ein „kollektives Beschweigen“ (Hermann Lübbe) hervor. Danach wurde das Bekenntnis zu den Verbrechen und Verstrickungen der deutschen Vergangenheit aber zu einer moralischen Größe *sui generis* und zu einem auf breitem Konsens beruhenden Bestandteil des nationalen *Narrativs*. Das Foto vom Kniefall Willy Brandts 1970 in Warschau erhielt als Ikone staatsmännischer Größe seinen Platz in den Geschichtsbüchern. (Und Fritz Fischers Verurteilung von Deutschlands „Griff zur Weltmacht“, siehe Teil I dieses Aufsatzes, gehört auch ins geistige Umfeld dieser Wende.)

Der zitierte (deutschsprachige) US-Autor, der dieses Deutschland als „model penitent“ kennzeichnet, teilt dazu aus seiner Außen-Perspektive etwas Bezeichnendes mit. Er bezieht sich auf die Rede des damaligen Bundespräsidenten von Weizsäcker 1985 zum 40. Jahrestag des Kriegsendes, die das historische Leitbild gewissermaßen kodifizierte und – nebenbei und hauptsächlich nachwirkend – in ein paar Sätzen ein Regalbrett Bücher zum *Historikerstreit* zu den Akten legte:

Das Bekenntnis zu den Verbrechen und Verstrickungen der deutschen Vergangenheit wurde zu einer moralischen Größe



**Gedenktafel in Warschau:
Willy Brandt bei seinem Kniefall 1970**

©Foto: mw238 - flickr.com - license: CC-BY-SA 2.0

”

„Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung.“

„Gewiss, es gibt kaum einen Staat, der in seiner Geschichte immer frei blieb von schuldhafter Verstrickung in Krieg und Gewalt. Der Völkermord an den Juden jedoch ist beispiellos in der Geschichte.“

„Kein fühlender Mensch erwartet von [den heutigen Bürgern], ein Büßerhemd zu tragen, nur weil sie Deutsche sind. Aber die Vorfahren haben ihnen eine schwere Erbschaft hinterlassen. Wir alle, ob schuldig oder nicht, ob alt oder jung, müssen die Vergangenheit annehmen. Wir alle sind von ihren Folgen betroffen und für sie in Haftung genommen. Jüngere und Ältere müssen und können sich gegenseitig helfen zu verstehen, warum es lebenswichtig ist, die Erinnerung wachzuhalten.“

Diese geistige Führerschaft bewertet der amerikanische Politikwissenschaftler nun so:

”

„Weizsäcker even went so far as to suggest that Germany’s willingness to face up its past is in fact the most distinctive [unverkennbar] and praiseworthy feature [Eigenschaft] of the German nation. [...] Not only should Germans today feel guilty for the crimes of the past, but that this guilt should itself be a source of national pride (an attitude referred to as *Sühnestolz* in German).” (Berger, a.a.O. S. 35)

Zwar hat sich der Begriff „Sühnestolz“ nach meiner Kenntnis nicht ins Deutsche eingebürgert, was in diesem Fall aber wohl kaum auf die sprichwörtliche Warnung zurückgeht, dass Dummheit und Stolz auf demselben Holz wachsen. Ich meine eher, dass der Begriff den moralischen Imperativ, sich der Vergangenheit zu stellen, nicht vom Verdacht löst, eine politische oder ideologische *Absicht* zu verfolgen – also ‚missverstanden‘ werden kann und daher in der veröffentlichten Meinung nicht Fuß fasste.

Weil sich aber außenstehende Beobachter zu den Fragen der *deutschen* Vergangenheit oft unbefangener stellen als einheimische, tun sie – vergleichbar dem sprichwörtlichen Kindermund – vielleicht auch etwas Wahrheit kund.

Der Kommentator aus Südostasien, der die deutsche Vergangenheitsbewältigung positiv von der japanischen abhebt, fährt an der oben zitierten Stelle so fort:

”

„The result is that, while any rearmament move by Japan immediately attracts unfavourable responses from its neighbours, the pressure on Germany is in the opposite direction: Its allies frequently beg the Germans to adopt a more assertive [nachdrückliche] security policy.” (ST 10.2.14) Und er ergänzt: „In return for contrition [Reue], Germany was offered security, prosperity and full membership in the European community of nations. Germany now leads Europe in every respect [Hinsicht].” (ST 3.3.14)

Der Autor lässt offen, ob er hier von einer Intention oder einem Ertrag spricht, sieht in dieser Reue aber einen außenpolitischen Nutzen erster Güte.

► Der Vorwurf der „Scheckbuchdiplomatie“ ist also weitgehend Vergangenheit. Mit ihm kritisierten NATO-Partner, wenn sich Deutschland – auch unter Verweis auf seine belastete Historie – bei der militärischen Lastenteilung z.B. im zweiten Golfkrieg zurückhielt – ein Vorwurf übrigens, den sich aus Kreisen der USA auch Japan einhandelte, wenn es sich unter Berufung auf seinen Verfassungspazifismus Kriegshandlungen wie denen in Vietnam fernhielt.

Mit dem stärkeren Engagement Deutschlands in außenpolitischen Ordnungsfällen ist dann in der Regel die Umkehrung eingetreten, die der derzeitige Bundespräsident auf der letzten Münchner Sicherheitskonferenz so zusammenfasste:

„Germany’s Nazi and Communist pasts are no excuse for ducking [sich drücken] international duties, Mr. Gauck said. [...] Germany could not grant itself some kind of privileged abstention [Enthaltung], hiding behind history.” (NYT 1.2.14)

Ein wenig rennt diese Befürchtung offene Türen ein. Denn dass ‚die Lehren der Geschichte‘ nicht für deutsche Zurückhaltung, sondern umgekehrt für eine Teilhabe an der internationalen Ordnungstiftung sprechen, diese Neubesinnung wurde von der damaligen rot-grünen Bundesregierung anlässlich der Auflösung Jugoslawiens und der deutschen Beteiligung am Kosovo-Krieg selbstbewusst vollzogen. Aus Sicht des irischen Historikers Brendan Simms „by the late 1990s, the lessons of history had been reinterpreted in favour of a special German mission to prevent genocide in Europe” (From the Kohl to the Fischer Doctrine 2003).

Hier liegt wieder eine Wortwahl vor – „die Lehren der Geschichte wurde zugunsten einer deutschen Spezialaufgabe neu gedeutet“ –, die man so bei deutschen Historikern wohl kaum findet. Vor allem aber würde es sich die Bundesregierung verbitten, ihre Diplomatie in den Verdacht zu bringen, sie wolle die deutsche Vergangenheitsbewältigung instrumentalisieren. Das tun, wenn schon, die anderen, z.B. ein chinesischer Präsident auf Staatsbesuch – wenn solche unbefugten Versuche nicht rechtzeitig ‚abgebogen‘ werden:

„Xi will Holocaust instrumentalisieren“ (taz 26.2.14) „In Berlin wird erzählt, dass China bei der Vorbereitung des Staatsbesuchs die Idee eingebracht habe, das Holocaust-Mahnmal im Stadtbezirk Mitte zu besuchen. Das hat das deutsche Protokoll jedoch abbiegen können: Nichts wäre unangenehmer als ein chinesischer Staatspräsident, der das Gedenken an die ermordeten Juden Europas benutzt, um den Japanern Lektionen in Sachen Vergangenheitsbewältigung zu erteilen.“ (FR 28.3.14)

Fazit: Weil Deutschland sein Geschichtsbild in der beschriebenen Weise nach innen und außen konsolidiert und etabliert hat, blamieren sich Protestplakate in Athen und anderswo, die Kanzlerin Merkel mit Hitler-Bärtchen zeigen, von selbst. Und ihr geschichtsbewusster Finanzminister gibt Nachhilfestunden und klärt Schüler darüber auf, welchem Staatsmann es heute korrekterweise anzukleben ist („Schäuble vergleicht Putins Vorgehen mit Hitlers“, Welt 31.3.14).

Wie anders ist das in Japan.

... und „Masochismus“

Eine japanische Variante von „Sühnestolz“, wie sie ein amerikanischer Hochschullehrer empfiehlt –

„Genuine patriotism involves taking into account the realities of the past and present and yet still loving one’s country.” (The Japan Times 11.1.14) –, wäre für sich kein Ding der Unmöglichkeit, hat sich aber bisher nicht eingestellt.

Eine japanische Variante von „Sühnestolz“ hat sich bisher nicht eingestellt

Wie eingangs am Fall des Vietnamkriegs gesehen, sind Staaten, mächtige zumal, kaum dafür bekannt, aus freien Stücken ein Bußgewand zu tragen. Ein deutscher Geschichtsprofessor in Tokio sieht das für Japan so:

“

„For Japan there was no urgent need for reconciliation [Aussöhnung] with its Asian neighbors after the end of the war. Japan bound itself tight to the U.S. and felt safe even being isolated in Asia. The establishment of diplomatic relations with South Korea took 20 years and was only achieved due to US pressure in 1965. Normalization with mainland China was only possible after 1972. In the 1980s, however, Japan, in order to protect its international reputation, had to adjust [anpassen] to foreign criticism concerning the contents of Japanese textbooks. [...] Until to the present day, the ‚neighbouring countries clause‘ [Klausel] is a part of the criteria of textbook examiners.” (Sven Saaler, Sophia University Tokyo)

Diese Klausel auch auf Druck von außen eröffnete einen gesellschaftspolitischen Spielraum, den japanische Bildungsorganisationen offenbar in ihrem Sinne nutzen konnten:

“

„From the mid-1980s, the contents of Japan’s history textbooks improved. At last in the 1990s, the reality of colonial rule, the truth about aggressive war, ‚Comfort Women‘, the Nanjing Massacre, [...] massacres and aggression against the citizens of South-East Asia, and the truth about the Battle of Okinawa, were all included in textbooks. [...] Finally, it was possible for children to garner [sammeln] a correct historical consciousness through examining war from the perspective of aggressors and victims, complicity and resistance. This is the fruit of the Japanese people’s movement that began with international criticism emanating [ausgehend] from Asian countries, and the 32 year battle of the Prof. Ienaga Saburo Textbook Lawsuits [Rechtsstreit gegen die staatliche Ablehnung eines kritischen Geschichtsbuchs]”. (Children and Textbooks Japan Network 21, 12.9.2000)

► Was das Netzwerk als Erfolg feiert, galt oder gilt inzwischen, wie vorne gesehen, politischen Kreisen und periodisch auch wechselnden Regierungskoalitionen als ein zu überwindender „Masochismus“. Das trifft besonders auf die Jahre seit dem Ende des Ost-West-

Gegensatzes zu – in denen Japan *seine* „Friedensdividende“ aus der Selbstaflösung des Ostblocks vermisst.

Während zum Beispiel Deutschland dem Ende des Kalten Krieges nicht nur fünf weitere Bundesländer, sondern auch noch doppelt so viele neue Partnerstaaten in der NATO und/oder der EU verdankt, die früher zur gegnerischen Peripherie gehörten (ein Abschnitt dieses Kordons ist allerdings zur Zeit umstritten), konnte Japan noch nicht einmal vier Kurilen-Inseln für sich gewinnen. Überdies ist ihm, seit China die Überlegenheit der westlichen Wirtschaftsweise anerkennt, dieselbe erfolgreich praktiziert und ihr auch ‚Handelswege sichern‘ will, ein regionaler Konkurrent erwachsen, der seinerseits auf japanisch verwaltete Inseln Anspruch erhebt, Flugsicherheitszonen errichtet und seine Flotte aufrüstet.

Zwar wurde die amerikanische Sicherheitsgarantie neulich beim Staatsbesuch Obamas wieder bekräftigt. Japan weiß aber um ihren bedingten Wert. Denn die USA setzen diese natürlich ins Verhältnis

Japan weiß um den bedingten Wert der amerikanischen Sicherheitspartnerschaft

zu ihren *eigenen* Interessen, die sie in der Region und besonders im Verhältnis zu China verfolgen, statt sich unmittelbar zum Garanten der japanischen Anliegen zu machen. Und darüber vollzieht das Land schon seit über zehn Jahren einen Lernprozess, den der derzeitige Regierungschef gern als „Rückkehr zur Normalität“ bezeichnet:



„Pacifist Japan is gradually learning to love its military. [...] The image change comes as nationalist Prime Minister Shinzo Abe is pushing to give the Self Defence Forces more money and scope [Spielraum] to act as a normal military might, at a time of rising tensions with China. [...]. He wants to re-interpret national law to allow Japanese troops to take up arms to defend an ally under attack. [...] A former Lieutenant General says the military feels that it needs to be prepared for all scenarios.“ (AFP, 14.4.14)

Es dürfte klar sein, dass den Protagonisten dieses Staatsprogramms der „Masochismus“ in Teilen ihres Volks an Wehrkraftzersetzung grenzt und dass ihnen jede Erinnerung an eine historische Schuld wie ein Versuch zur Schwächung der sicherheits- und außenpolitischen Ansprüche erscheint. Auf seine Weise merkt das auch der schon mehrfach zitierte Kommentator aus Südostasien:



„If a Japanese prime minister were to [...] go to Nanjing to fall on his knees [...] would this be the end of the story? Would Japan become a friend of Korea and China? Would the territorial disputes be over? The answers are far too obvious to need spelling out [zu offensichtlich, um gesagt werden zu müssen]. Historic truths cannot be traded, but they are easier to face if politicians see an advantage. Yet in the case of Japan, no such compensations are in the offing [zeichnen sich ab].“ (ST, 3.3.14)

Da ist was dran. Nach Lage der Interessensgegensätze vor allem zu China ist eine aktuelle Raison für japanische Kniefälle nicht abzusehen. Deshalb bleibt es dabei, dass deutsche Politiker schon seit Jahrzehnten ihren amerikanischen, französischen oder griechischen Amtskollegen auf Soldatenfriedhöfen wie an Gedenkstätten deutscher Schuld die Hände reichen, während sich Japans Premier Abe wegen seines Totengebets im „Yasukuni-Schrein“ noch 2013 von US-Vizepräsident Biden eine Rüge einhandelt.

► In diesem Shinto-Schrein aus dem 19. Jahrhundert werden u.a. die Seelen von 2,5 Mio. Kriegstoten, von 14 „Kriegsverbrechern der A-Klasse“ (daher die politische Brisanz) oder von gefallenem Armeepferden geehrt. Rituale dieser Art

und das Gerangel darum mögen einem aufgeklärten Zeitgenossen überlebt und atavistisch erscheinen. In ihnen tragen sich aber, wie auch im Fall der Geschichtsbücher, sehr gegenwärtige Anliegen aus. Die amerikanische Missbilligung des Schrein-Besuchs wie ihre Nichtbeachtung spiegelt also in symbolischer Form wider, wie weit Japan die Einordnung in die Interessenlage der USA jeweils akzeptieren will. Und weil das nie zur vollen Zufriedenheit beider Seiten ausfallen kann, wird daraus ein diplomatisches Tauziehen:

- Im Dezember 2013 besucht Abe demonstrativ den Yasukuni-Schrein und wird dafür kritisiert.

Japans Premier Abe hat sich wegen seines Totengebets im „Yasukuni-Schrein“ eine Rüge eingehandelt



Die Gebetshalle des Yasukuni-Schreins

©Foto: 2003 David Monniaux - [Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported license](#)

- Im Januar 2014 rechtfertigt er sich offensiv auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos: „The Prime Minister’s response was about the memorial being dedicated to all the war dead of the world, not only Japanese soldiers, and that he had offered prayers that there might be no more wars.“ (ST 24.1.14) Dabei vergleicht er Yasukuni mit dem Arlington National-Friedhof in Washington.
- Im Vorfeld der Obama-Visite meldet die New York Times: „In recent weeks, Japanese and American officials have been working to repair ties that were strained [belastet] when Mr. Abe visited a controversial Tokyo war shrine in December.“ (8.4.14)
- Kurz vor der Ankunft Obamas dann eine „Provokation durch Japan: 120 Abgeordnete besuchen Yasukuni-Schrein“ (SZ, 22.4.14). Abe ist nicht dabei, schickt aber ein Gebinde.
- Usw.

Ergänzt und verschärft durch gelegentliche Übergänge auf wirkliche Scharmützel, ereignen sich diese Manöver natürlich auch im Verhältnis zu den asiatischen Nachbarstaaten – wenn etwa Beijing bilaterale Treffen und Wirtschaftsvereinbarungen herabstufte oder Seoul Militärgespräche verschiebt und Importe beschränkt (wie 2001 nach einem Schrein-Besuch des japanischen Premiers geschehen). Auch hier machen sich sehr gegenwärtige Interessen von China oder Korea geltend, die den Grad ihrer Berücksichtigung auch daran ablesen, inwieweit *ihrer* Lesart der Geschichte Referenz erwiesen oder verweigert wird. Die Ernsthaftigkeit dieses Anspruchs und die absehbaren Folgen seiner Nichtbeachtung stellen dann die japanische Politik und Diplomatie vor die Aufgabe, die nationalen Interessen durch Konzessionsbereitschaft aufrechtzuerhalten.

Japan muss die nationalen Interessen durch Konzessionsbereitschaft aufrechterhalten

- Dazu erklärt die Regierung zum wiederholten Mal, dass sie keine Revision des historischen Leitbilds anstrebe: „Japan’s Foreign Minister Says Apologies to Wartime Victims Will Be Upheld [...] In one of the clearest signals that Japan is trying to allay [beruhigen] fears that it is whitewashing wartime atrocities [Gräueltat] the foreign minister said that his government would not try to push revisions of that history. ‚Prime Minister Abe and the Abe cabinet are firmly continuing the views on history, and the position on history of previous administrations. We must face history, and be humble [demütig] before it.‘“ (NYT 8.4.14)

- Der Bildungsminister trägt seinen Teil bei: „Korea, Japan und China sollen ein gemeinsames Geschichtsbuch schreiben. Diesen Vorschlag hat die südkoreanische Präsidentin Park [...] eingebracht. Als Vorbild diene das grenzüberschreitende Geschichtsbuch, an dem 13 europäische Länder, darunter auch Frankreich, Deutschland und Polen, mitgearbeitet haben. [...] Komplette unterschiedliche Ansichten zu historischen Begebenheiten, territorialen Ansprüchen oder Kriegsverbrechen haben gerade in den letzten Jahren die diplomatischen Beziehungen in Ostasien erstarren lassen. [...] Auch Japans Bildungsminister Shi-

momura begrüsst den Vorschlag. Er sei gerne bereit mit seinen Amtskollegen aus Südkorea und China zusammensitzten.“ (asienspiegel 19.11.13)

- Doch die Demut hält sich gleich wieder im Rahmen: „Im Gegensatz zu Bildungsminister Shimomura hat Kabinettssekretär Suga jedoch bereits Zweifel an einer produktiven Umsetzung von Parks Vorschlag aufkommen lassen. ‚Wir haben unsere Position Südkorea erklärt. Wir hoffen, dass Südkorea diese akzeptiert‘, äusserte er sich an einer Pressekonferenz knapp.“ (ebd.)

Die Auffassung, es seien „unterschiedliche Ansichten“ zur Geschichte, die die Diplomatie „erstarren lassen“, steht natürlich genauso auf dem Kopf wie die folgende: „Former history teacher and scholar Tamaki Matsuoka holds Japan’s education system responsible for a number of the country’s foreign relations difficulties.“ (BBC News 14.3.13) Die Kritik des Geschichtslehrers zeigt aber den vorherrschenden Bezugspunkt der innerjapanischen Opposition gegen die „Rückkehr zur Normalität“. Dazu noch einmal eine Stellungnahme des „Children and Textbooks Japan Network 21“ gegen ein ‚revisionistisches‘ Geschichtsbuch: „The textbook is not only internationally unacceptable, but also isolates Japan from the rest of the world.“ (9.4.02)

Solange eine solche Opposition die Sorge um den außenpolitischen Erfolg zum gemeinsamen Nenner ihres Streits mit der Regierung macht, bleibt eine Dialektik in Kraft, die nicht auf Japan beschränkt ist: Die sog. ‚Spannungen‘ und ‚Krisen‘ im zwischenstaatlichen Verkehr taugen zwar nach der einen Seite hin dazu, die überkommene Staatsräson als die ‚eigentliche‘ Siegesstraße der Nation zu idealisieren und zu bekräftigen. Nach der anderen Seite hin lässt sich aber anhand derselben ‚Spannungen‘ und ihrer Zunahme der alte ‚Pazifismus‘ am Unwillen des ‚bösen Nachbarn‘ blamieren und zu einem patriotischen Schulterschluss aufrufen. (Zum Beleg dieser These ein aktueller Fall aus Deutschland: Der Russland-Korrespondent einer alternativen Tageszeitung, die Anfang der 1980er Jahre in der Opposition zum sog. NATO-Doppelbeschluss groß geworden ist, sieht diese „Schließung einer Raketenlücke“ – so die damalige defensive Begründung – rückblickend und im Lichte der Ukraine-Krise so (taz 29.4.14): „Alle EU-Staaten sollten gemeinsam beschließen, den Verteidigungshaushalt um mindestens ein Drittel anzuheben, parallel zum Aufstocken konventioneller Streitkräfte [...] Der Westen würde nur wiederholen, was US-Präsident Ronald Reagan in den 1980ern vorexerzierte. Totrüstungen ohne Tote.“ Ein bemerkenswerter ‚Paradigmenwechsel‘.)

★★★

Die diplomatische Schuldzuweisung mittels historischer Vergleiche beherrschen gebildete Politiker natürlich auch in Japan. Ein Fall davon und ein sich daran anschließendes Rätsel sollen diesen Aufsatz abrunden und zugleich einen Bezug zu seinem Anfang herstellen (www.magazin-auswege.de/data/2014/04/Schuster_Schulbuchstreit-Teil-I.pdf): „Der japanische Regierungschef Abe sieht in den Spannungen mit China Parallelen zu dem Verhältnis zwischen Deutschland und Großbritannien vor dem Ersten Weltkrieg.“

[Das] sagte Abe auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos [...]. Gute Handelsbeziehungen zwischen den Ländern hätten den Ausbruch des Krieges nicht verhindert. Abe ergänzte, dass die steigenden Militärausgaben Chinas eine bedeutende Quelle der Instabilität in der Region seien.“ So weit die „Welt“ vom 23.1.14.

Die mir zugänglichen englischsprachigen Kommentare verstanden diesen Vergleich im Sinne des historisch geprägten Bildes vom aufstrebenden Deutschland, das – wie das heutige China – seinen „Platz an der Sonne“ auch durch Aufrüstung der Kriegsmarine suchte, was England als Wahrer der „Balance of Power“ – dem heutigen Japan gleich – ‚verständlicherweise‘ alarmieren musste. Und was macht die „Welt“ daraus? Sie setzt das Ganze unter die Überschrift, die dann noch von weiteren deutschsprachigen Medien wiederholt wurde: „Japan fühlt sich wie Deutschland vor dem Weltkrieg.“

Ob der „Welt“-Autor im Geschichtsunterricht gepennt hat oder einer Freud’schen Fehlleistung unterlag oder ob er schon wieder eine kleine Revision des Bildes von der „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ einleiten wollte – dieses Rätsel soll der geneigte Leser jetzt einfach mal selber lösen.



***Über den Autor**

Der Autor, nennen wir ihn Georg Schuster, ist der Redaktion bekannt und schreibt regelmäßig für das Magazin AUSWEGE. Er arbeitet seit mehr als zehn Jahren an einer großen deutschen Auslandsschule.

Kontakt:

antwort.auswege@googlemail.com

„Georg Schuster“ schreibt regelmäßig für das Magazin AUSWEGE.

► **[Hier geht es zu seinen weiteren Beiträgen](#)**

AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag

Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht

www.magazin-auswege.de

auswege@gmail.com